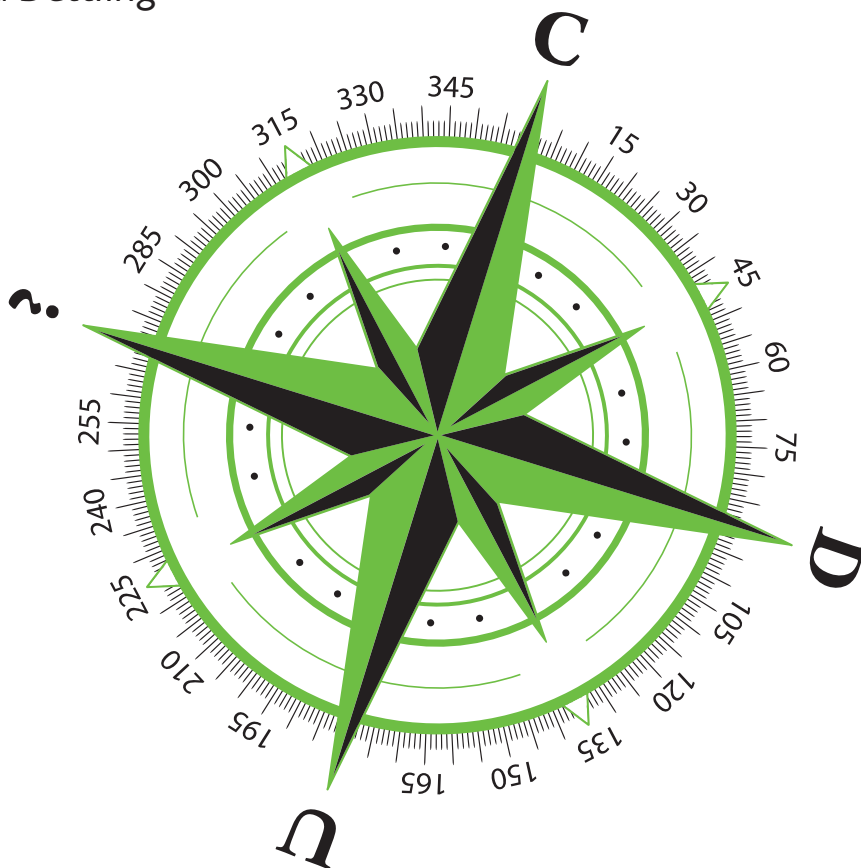

Schwarz–Grün. Das ist nicht mehr die Frage.

Aber was wird aus der CDU?

von Warnfried Dettling*



Inhaltsverzeichnis

I. Ein Blick zurück: Neugier auf die Neuen, Kohls Bauchgefühl, Kämpfe und Krämpfe	3
II. Andere Zeiten schaffen andere Koalitionen	4
Schwarz-Gelb: Vom Traum zum Albtraum	
Ein historisches Missverständnis	
Der soziale Konsens und sein Ende	
Zwei Wahlen, zwei Lektionen – und der Blick in den Abgrund	
III. Die Entgrenzung der Politik verlangt neue Formen der Demokratie	7
IV. What Comes Next?	8
Von der politischen Monogamie zu wechselnden Partnerschaften	
Die neuen Formeln zur Macht	
Das ideale Bündnis ergänzt sich – und lernt voneinander	
V. Was wird aus der CDU?	11
Selbstaufgabe der Parteien	
Entpolitisierung der Politik	
Die Wiederentdeckung der Politik und eine CDU, die weiß, was sie will	

ISBN: 3-938483-17-2

re:publik – Institut für Zukunftspolitik
Berlin / Düsseldorf / Wien

Bergmannstr. 107, 10961 Berlin
Tel. +49.(0)30.4404 7805
Fax: +49.(0)30.4404 7806

info@zukunftspolitik.de
www.zukunftspolitik.de

Seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beschäftigt die Möglichkeit schwarz-grüner Koalitionen die politische Fantasie, zunächst eher abstrakt und im Verborgenen („Pizza-Connection“), bald schon als tastende Versuche der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Inzwischen gibt es die ersten erfolgreichen Versuche (Saarland) und deren Scheitern (Hamburg) in den Ländern. Was den Bund betrifft, gehen die Spekulationen weiter, trotz oder gerade wegen der aufgesetzten Kampagnen, die beide Formationen einträchtig gegeneinander inszenieren.

KAPITEL 1

Ein Blick zurück: Neugier auf die Neuen, Kohls Bauchgefühl, Kämpfe und Krämpfe

Die Gründe für das wechselseitige Interesse von und an Schwarz-Grün waren unterschiedlich. Junge Abgeordnete beider Fraktionen waren einfach neugierig auf neue Entwicklungen und Möglichkeiten – und dachten, in der Dämmerung seiner Ära, an ein politisches Leben nach Kohl. Erste Erfahrungen aus Städten und Gemeinden berichteten überraschend von unverkrampften Beziehungen im politischen Alltag, getragen von gegenseitigem Respekt. Während die SPD lange Zeit die Grünen vor allem als eine Abspaltung vom eigenen Lager ansah, die es rasch wieder zu bekehren galt, sah die CDU in ihnen etwas Neues und Eigenständiges, eine Haltung, die die Grünen vor allem in Nordrhein-Westfalen bei der SPD so noch nicht erlebt hatten. Und wer sich seine Analyse des gesellschaftlichen Wandels nicht von der Mainstream-Propaganda der eigenen Partei bornieren liess, der konnte schon früh im Großen wie im Kleinen, im Wandel der Arbeits- und Familienwelt wie in den Wählerbewegungen in gut bürgerlichen Stimmbezirken großer Städte wie Freiburg oder Heidelberg die Zeichen der kommenden Zeit erkennen: nicht nur dass die Kleinen groß und die Großen klein werden würden, sondern dass sich hinter diesem Prozess einer

Annäherung durch Wandel ganz ähnliche Stimmungen, Strukturen und Mentalitäten verbargen, im alten wie im neuen Bürgertum.

Die Bundestagswahl 1983 brachte dann beiden den Durchbruch: der CDU/CSU mit 48,8 Prozent ein überwältigendes Ergebnis und den Grünen den Einzug in den Deutschen Bundestag. Helmut Kohl empfahl intern zwar schon recht früh eine differenzierte Analyse der neuen Partei (die Rhetorik der CDU sollte sich eher an dem Muster *ja-aber* und nicht *nein-sondern* orientieren), trotzdem beherrschte über dreißig Jahre hinweg eine feindselige Auseinandersetzung das Bild. Dies geschieht aus leicht nachvollziehbaren Gründen bis in die Gegenwart hinein, wenn Angela Merkel, diese Überraschungskanzlerin einer verspäteten Nation, nun zur Unzeit den Kampf erneuert und in ihrer Not die Grünen zum Hauptfeind der CDU erhebt. So scheint die Welt der CDU wieder in (der alten) Ordnung, war doch die beherrschende Frage zu Schwarz-Grün über all die Jahre hinweg: Darf man das? Geht das? Sind die beiden Parteien nicht zu verschieden? Was sagen die Mitglieder, die Wähler, die kritische Öffentlichkeit dazu? Darf man Schwarz-Grün wollen? Was wird dann aus der CDU?

KAPITEL 2

Andere Zeiten schaffen andere Koalitionen

Das waren und sind die Fragen, und das aktuelle Wahlkampfgetöse verdeckt nicht nur, dass die Koalitionsfrage so offen ist wie eh und je (inklusive Schwarz-Grün), es verdeckt vor allem, dass diese Frage, so wie sie gestellt wird, sich überholt hat. Sie ist obsolet geworden. Früher oder später wird es eine schwarz-grüne Bundesregierung geben, mit oder ohne FDP, nicht weil diese Farben so wunderbar zueinander passen oder weil Parteiexegeten die Programme neu interpretieren, sondern weil der Gang der Ereignisse und die Verhältnisse, so wie sie geworden sind, unwahrscheinliche Koalitionen zum Normalfall werden lassen. Unter all den denkbaren unwahrscheinlichen Koalitionen wird Schwarz-Grün je länger desto stärker von einer Mehrheit als eine relativ plausible und attraktive Kombination erlebt werden. In Zukunft wird es fast nur noch Koalitionen aus Parteien geben, die sehr unterschiedlich sind und deshalb lieber nicht miteinander regieren wollen. Die Frage wird dann sein, ob sie sich sinnvoll ergänzen und ob sie zu einem intelligenten Umgang mit ihrer Verschiedenartigkeit fähig sind – und ob die führenden Akteure einander vertrauen und glauben, sich aufeinander verlassen zu können. Es wird eines Tages Schwarz-Grün geben, nicht weil sie so gut zueinander passen, sondern *weil sie auf eine zeitgemäße Art* verschieden sind, in dieser Verschiedenheit aber ganz gut in die neue Landschaft passen und so eine komplexe, widersprüchliche Gesellschaft besser repräsentieren als andere denkbare Koalitionen. Der kreative Umgang mit Vielfalt und Verschiedenartigkeit

(„Managing Diversity“) wird nicht nur in globalen Unternehmen oder im globalen Fußball, sondern auch in Koalitionen und Parteien zu einer unerlässlichen Voraussetzung für den Erfolg werden.

Das Nachdenken über Schwarz-Grün hat also nicht bei diesen Parteien zu beginnen, sondern bei jenen großen inneren und äußeren Veränderungen, die seit einem guten Vierteljahrhundert die traditionellen Grundlagen des politischen und gesellschaftlichen Gefüges der Bundesrepublik Deutschland erschüttert haben. Wer nur aus der Binnenorientierung der Parteien nach der Zukunft von Schwarz-Grün fragt, orientiert sich an alten Landkarten. Etwas Neues entsteht, und es entsteht wie immer auf eine unberechenbare und „unordentliche“, auf eine ungeplante und überraschende Weise. Niemand weiß, wie, wo und wann neue Bündnisse entstehen, ob und wie lange sie halten, wann und warum sie wieder zusammenbrechen oder auch nicht. Nur eines scheint gewiss: Es werden, von Ausnahmen abgesehen, nicht mehr die alten Farben und Kombinationen sein, die die Zukunft bestimmen. Was da entsteht, diesseits oder jenseits von Schwarz-Grün, sind keine emotionalen oder gar ideologischen, es sind zweckrationale Bündnisse. Sie begründen kein großes Projekt und schon gar keine Ära mehr, und die Lebenszeit einer Regierung währt nicht mehr dreizehn, sechzehn oder gar zwanzig Jahre. Wenn sie eine oder zwei Legislaturperioden hält, wird man bald von einer erstaunlichen Stabilität sprechen.

Schwarz-Gelb: Vom Traum zum Albtraum

Eine erste Ahnung von der veränderten Parteienlandschaft bekam das politische Establishment nach der Bundestagswahl 2005. Die Große Koalition, wie man diese Art von Schrumpfkoalition aus Union und SPD aus purer Gewohnheit noch immer zu nennen beliebt, wurde nötig, aber auch erst möglich, weil die traditionelle Formel zur Macht (eine große Volkspartei plus eine kleine Partei ergeben zusammen eine Mehrheit), die über fünfzig Jahre in Kraft war und dem Land stabile Regierungen beschert hatte, durch das Fünf-Parteien-System plötzlich außer Kraft gesetzt war. Fortan musste man also mit schwarz-roten oder Dreierbündnissen rechnen, weil Schwarz-Gelb und Rot-Grün, von Ausnahmen abgesehen, keine Mehrheit mehr hatten. CDU, CSU und FDP hätten spätestens dann nachdenklich werden können, als das „bürgerliche Lager“ in drei aufeinander folgenden Bundestagswahlen keine regierungsfähige Mehrheit mehr gewinnen konnte.

Als es dann 2009 doch klappte, nach dem Frust der Wähler mit der großen Koalition und nach der Enttäuschung über eine von der Agenda 2010 geschüttelte SPD, interpretierten sie das Wahlergebnis nicht als Ausnahme im Fünf-Parteien-System, sondern als Bestätigung der alten Regel aus der alten Bundesrepublik, der zufolge die bürgerlichen Parteien im Normalfall und über die meiste Zeit hinweg die Regierung stellen bzw. gestellt haben. Die Vorsitzende der CDU sprach mit Blick auf die FDP schon früh von ihrer „Wunschkoalition“ und meinte wohl so eine Art Traumbündnis nach all den ungeliebten Kompromissen der großen Koalition, nicht ahnend, wie rasch und gründlich sich dieser Traum in einen Albtraum verwandeln würde. Es hat sich zusammen getan, was nicht mehr zusammen gehört. Es verbündeten sich zwei Parteiformationen, die mit den früheren Parteien gleichen Namens aus der Adenauer- und Kohl-Ära wenig gemeinsam hatten, zwei Parteien, die sich in wichtigen Positionen nicht mehr ergänzten, sondern gegensätzliche Positionen vertraten, und sie taten sich zusammen in einer Zeit, die durch

die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise eine andere geworden war. Die einfachen Antworten von früher („Steuern runter!“) klangen nicht mehr plausibel, sondern wie aus der Zeit gefallen.

Ein historisches Missverständnis

„Man kann nicht zweimal in den gleichen Fluss steigen. Der Fluss hat sich verändert und wir uns mit ihm“ (Heraklit).

Alles war anders: das Parteiensystem, die bürgerlichen Parteien, der Kapitalismus, die wirtschaftlichen Umwälzungen in Europa und darüber hinaus. Nur das Wahlergebnis erinnerte in der Summe an frühere Zeiten, zusammengezählt ergaben die Stimmen für Union und FDP eine Mehrheit. Alles schien wie früher, doch nichts war mehr wie früher. Die FDP vor allem, aber auch CDU und CSU waren in der Zwischenzeit andere Parteien geworden. Sie haben sich auseinander entwickelt. Es waren nicht persönliche Animositäten, es war nicht nur der gelegentlich rüpelhafte Ton in der Koalition, es waren auch nicht nur die Rivalitäten und Profilneurosen der beiden abstiegsbedrohten kleinen Koalitionspartner CSU und FDP. Die Mesalliance zwischen Union und FDP hatte tiefere Gründe.

In den 1950er Jahren gab es noch eine bürgerliche Welt, die sich einprägsam in den Formen der Familie und der Arbeitswelt, der Religion (Kirchen) und der Freizeit (Vereine), der Milieus und Mentalitäten darstellte. Union und FDP hatten ähnliche historische Erfahrungen und ähnliche Wertorientierungen, aus denen die gemeinsamen Entscheidungen für die Soziale Marktwirtschaft und die Westintegration entsprangen. Es war nicht schwer, in Ludwig Erhard auch einen Liberalen zu erkennen und in Theodor Heuss, Reinhold Maier und noch Hans Dietrich Genscher Repräsentanten eines auch sozial verantwortlichen Liberalismus. Zugleich hatte jeder der beiden damaligen Koalitionspartner etwas, was der andere nicht hatte, sie waren sich wechselseitig Ergänzung und Korrektiv. So wandte sich die FDP gegen

den „Klerikalismus“ der Adenauerzeit, was vielen einleuchtete, und die CDU hütete die Werte des christlichen Abendlandes, die noch den meisten am Herzen lagen. Die einen sorgten dafür, dass die Kirche im Dorf blieb, und die anderen, dass die Kirche im Dorf blieb und sich nicht der ganzen Gesellschaft bemächtigte. In beiden Parteien hat man seit den 1950er Jahren immer mal wieder von den „Grenzen des Sozialstaates“ geraunt, ihn in Wahrheit aber gemeinsam kontinuierlich ausgebaut und ganz grundsätzlich am sozialen Konsens in Deutschland festgehalten.

Der soziale Konsens und sein Ende

Es war keine geringe Leistung von Helmut Kohl, dieses Bündnis dann noch einmal sechzehn Jahre lang (1982-1996) möglich zu machen. Das konnte nur deshalb gelingen, weil er die „konservative Revolution“, die ungefähr zeitgleich zum Machtwechsel in Bonn über die USA (Reagan) und Großbritannien (Thatcher) hinwegfegte, für die CDU/CSU nicht mitmachte, sondern nachdrücklich am altdeutschen Sozialmodell festhielt. Das war einer der Gründe für die zwar abnehmenden, aber aus heutiger Sicht immer noch ordentlichen Wahlergebnisse der Union von 40 Prozent und mehr. Mit der Kanzlerschaft Kohls kamen das eine wie das andere an ihr Ende: der soziale Konsens mitsamt den sozialen Mentalitäten in Union und FDP, aber auch Wahlergebnisse, die bürgerliche Koalitionen im alten Sinne nicht nur rechnerisch, sondern auch politisch möglich machten.

Der Abschied vom sozialen Konsens der alten Bundesrepublik und damit auch von der Melodie bürgerlicher Regierungen trägt zwei Namen: Angela Merkel und Guido Westerwelle. Beide kamen ungefähr zeitgleich in ihre Parteiämter. Beide haben den damaligen Zeitgeist des so genannten Neoliberalismus nicht erfunden, nicht gemacht, aber in ihren Parteien mitgemacht und verstärkt. Beide hatten, aus unterschiedlichen biographischen Gründen, kein Gespür für die Traditionen ihrer jeweiligen Partei, kein Gespür

vor allem für die soziale Balance in der Gesellschaft und die notwendige Aura der Gerechtigkeit, ohne die weder die Bundesrepublik noch die Union geworden wären was sie sind. Nach dem historischen Umbruch von 1989 lagen ja die Aufgabe und die Chance auf der Straße: Es ging darum, nicht nur die materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern auf das Vakuum an Ideen durch Angebote der geistigen Art zu reagieren, einen Begriff von Freiheit aus der Idee der Gerechtigkeit zu entwickeln und vice versa: soziale Politik um der Freiheiten der Einzelnen willen zu betreiben.¹ Die Chance wurde nicht ergriffen. Nach dem Motto: „Der Sozialismus ist tot, es lebe der Kapitalismus“ beherrschte bald ein eindimensionales Denken das Feld, dessen Folgen die Menschen eher abschreckte. Der politische Liberalismus schrumpfte von einem anspruchsvollen Konzept für die Gestaltung der Gesellschaft zur Rechtfertigungslehre eines Egoismus mit gutem Gewissen. Die CDU hat auf ihrem Leipziger Parteitag 2003 dem neuen Zeitgeist gehuldigt, und die beiden Vorsitzenden erfanden in jener Zeit Horst Köhler als Bundespräsidenten, der den neuen Aufbruch von CDU und FDP flankieren sollte.

Zwei Wahlen, zwei Lektionen – und der Blick in den Abgrund

Es kam freilich anders. Die Bundestagswahl 2005 brachte das bis dahin schlechteste Ergebnis für die Union. Der Blick in den Abgrund hatte Folgen. So bewusstlos, wie die CDU in die Leipziger Beschlüsse hinein getaumelt ist, so bewusstlos ist sie wieder von ihnen abgerückt und hat fortan die Flucht ergriffen in eine verbindliche Unverbindlichkeit. Vor allem die Kanzlerin hat die Lektion begriffen, sich möglichst nie wieder festzulegen, sondern lieber zu moderieren als politisch zu führen. Diese Rolle war hilfreich in der Großen, weniger in der schwarz-gelben Koalition. Die CDU wusste nach all diesen Volten und Wenden nicht mehr, wo ihr der Kopf stand, zumal der Kopf der Partei sich weigerte, die eigene Politik den Mitgliedern

¹ Amartya Sen, Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München-Wien 2000

und die Politik der CDU den Wählern plausibel zu erklären. Einer selbstbewussten, aggressiven FDP hatte die CDU wenig entgegen zu setzen.

Mit Blick auf künftige Koalitionen legen die Lehren aus der jüngsten Vergangenheit zwei Überlegungen nahe: Das Fünf-Parteiensystem setzt die alten Formeln zur Macht außer Kraft und begünstigt große oder Dreierkoalitionen. Die Ausnahme von der Regel bringt zwei bürgerliche Parteien zusammen, die ganz unterschiedliche Lektionen gelernt haben und in einer veränderten Welt nicht mehr richtig zueinander passen. Ganz unabhängig von der Koalitionsfra-

ge stehen die beiden altbürgerlichen Parteien vor der Aufgabe, sich neu zu überlegen und zu rekonstruieren, was bürgerlich im 21. Jahrhundert eigentlich bedeutet, wo und wie bürgerliche Wähler zu finden und zu gewinnen sind, und in was für einer Gesellschaft, mit welchen politischen Partnern das am besten geht. Es spricht nicht viel dafür, dass der CDU das an der Seite der FDP auf Dauer am besten gelingt. Denn geändert hat sich nicht nur die Parteienlandschaft, sondern vor allem anderen die Kultur und die Kommunikation der Gesellschaft und damit die Art und Weise, wie Politik verstanden, produziert und verteilt wird.

KAPITEL 3

Die Entgrenzung der Politik verlangt neue Formen der Demokratie

Der Wandel der Informationsgesellschaft hat die Politik verändert. Diese Entwicklung macht allen Parteien zu schaffen, am meisten der SPD, aber auch die CDU hat darauf noch keine Antwort. Die Stärke der SPD kam aus der Organisation. Das Internet braucht keine Organisation. Früher haben die Parteien Grundsatzprogramme gemacht, wenn sie sich erkennbar auf eine neue Lage einstellen wollten. Das interessiert heute niemanden mehr, weil die Kommunikation nicht länger zentral und von oben über Programme läuft. Es gibt kein Zentrum mehr, von dem aus sich eine Partei steuern ließe, und die CDU Angela Merkels weiß das besser als die andere ehemalige Volkspartei. Die Politik kreist nicht mehr um die Parteien, die Religion nicht mehr um die Kirchen, die Interessen nicht mehr um die Gewerkschaften, das Wissen nicht mehr um die Universitäten. „In den neuen Medien ist der Mensch zum Sender geworden. In den alten Medien Fernsehen und Radio war er nur Empfänger“, so bringt der Medientheoretiker Peter Wei-

bel diesen Wandel auf den Punkt. Es ist offen, was das für die Politik bedeutet. Sicher scheint nur, was es nicht mehr geben wird, nämlich die Einhegung der politischen Stabilität und des politischen Erfolges zu den früheren Konditionen. Die Parteien und gerade auch CDU und CSU haben einmal viel Mühe darauf verwandt, im „vopolitischen Raum“ Fuß zu fassen. Die Vereinigungen von der Jungen Union bis zur Frauenunion sollten die Brücken von der Politik in die Gesellschaft schlagen. Heute mutet allein schon die Rede vom „vopolitischen Raum“ seltsam antiquiert an, und die Vereinigungen spielen zu Recht keine Rolle mehr.

Dieser Wandel verlangt mehr als eine äußere Anpassung im Kommunikationsverhalten. Wenn der enorme Wandel der technologischen Kommunikation auch die sozialen Verhältnisse und die politische Ordnung verändert, dann ist damit die Frage aufgeworfen, wie man die politische Ordnung, die Verfassung, das Grundgesetz gestalten

und weiterentwickeln könnte oder müsste, damit sie wieder stimmig zu den Ansprüchen der Menschen und den Problemen der Zeit passt. Die Beschreibung des traditionellen Musters fällt leichter als die Umriss der neuen Ordnung. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben eine Verfassung gebaut, die vor allem *den Gefahren aus der Vergangenheit* wehren und eine damals neue Stabilität begründen sollte. Das Grundgesetz war, wie der konservative Publizist Rüdiger Altmann einmal so treffend formuliert hat, immer auch „ein Misstrauensvotum gegen das Volk.“ Alles in allem war die Verfassung des Grundgesetzes eine große politische und kulturelle Leistung. Jetzt stellt sich jedoch die Frage, ob es ebenso geeignet

ist, den *Gefahren aus der Zukunft* zu wehren, die der Demokratie durch die Entfremdung der Bürger erwächst. Politik und Parteien haben bisher wenig Erfahrung, was es heißt, die Bürger als Sender von Nachrichten, als Ursprung der politischen Willensbildung zu begreifen und zu beteiligen. Es geht nicht um ein Entweder-Oder, sondern um eine Weiterentwicklung der Demokratie durch eine intelligente Kombination von repräsentativen und direkten Elementen der Demokratie. Manches spricht dafür, dass diese Kombination leichter gelingt, wenn sich jene politischen Kräfte zusammenschließen, die stark geworden sind als Garanten der Stabilität (CDU/CSU) oder als Motor und Ausdruck sozialer Bewegung.

KAPITEL 4

What Comes Next?

So weisen unterschiedliche Entwicklungen in die nämliche Richtung. Die vertrauten politischen Konstellationen und Routinen laufen langsam aus. Aber Parteien sind auch träge Organisationen. Sie scheuen das Risiko und lernen nur langsam. Hinzu kommt, dass die kurzfristigen und die langfristigen, die gemeinsamen Interessen einer Partei und die besonderen Machtkalküle ihrer wichtigen Akteure auseinander fallen können. Auch Parteien im Niedergang erlauben es noch immer ihren wichtigsten Leuten, Ämter und Funktionen inne zu haben, Karriere zu machen und oben zu bleiben. Eine politische Partei verfolgt zwar ein gemeinsames Ziel. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass sich auch alle so verhalten, dass dieses Ziel erreicht wird.² Zu unterscheiden ist deshalb, was als Nächstes kommt und was mittel- und langfristig sein wird.

So lange es die Zahlen hergeben, werden CDU/CSU und FDP im Bund und in den Ländern gemeinsam eine Regierung bilden und daran

festhalten, auch wenn sie durch diese Mesalliance gemeinsam und jeder für sich schrumpfen sollten. Sie bleiben zusammen, bis dass das Wahlergebnis sie scheidet. Danach wird die CDU vermutlich eher das Bündnis mit den Sozialdemokraten wieder aufleben lassen als das Wagnis von Schwarz-Grün eingehen, so wie auf der anderen Seite der SPD die Rolle eines Juniorpartners der CDU oder CSU noch geraume Zeit leichter fallen dürfte als einem grünen Ministerpräsidenten in den Sattel zu helfen. Immer vorausgesetzt natürlich, dass die ursprünglichen Farben der Ampel, also SPD, Grüne und FDP, sich zwischenzeitlich nicht finden und die Regierungsambitionen der CDU jäh ausbremsen.

Von der politischen Monogamie zu wechselnden Partnerschaften

So spricht vieles dafür, dass Angela Merkel noch eine ganze Weile Kanzlerin bleiben wird, länger als alle ihre Vorgänger, Konrad Adenauer

² Mancur Olson, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968

und Helmut Kohl ausgenommen. Wenn es im Jahre 2013 für Schwarz-Gelb nicht mehr reichen sollte, wird sie sich der „guten“ Zusammenarbeit mit der SPD erinnern und ihre „Wunschkoalition“ mit der FDP vergessen haben. Wenn die Wähler der schwarz-roten Koalition eines Tages wieder überdrüssig sein sollten, kann sie darauf verweisen, dass die „Bewahrung der Schöpfung“ schon immer ein Kernanliegen der CDU gewesen sei, und gute Gründe für eine schwarz-grüne Koalition finden. Was die *Dauer* ihrer Kanzlerschaft betrifft, wird sie ihren Vorbildern immer ähnlicher, so dass man den entscheidenden Unterschied leicht übersehen kann. Adenauer (mitsamt seinem Nachfolger Erhard) und Kohl waren in einer Art politischer Monogamie fast zwanzig Jahre lang *einem* Partner verbunden, Merkel erreicht die Dauer ihrer Amtszeit durch wechselnde Partnerschaften.

So wird die Formel, dass alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sind, von einem Allgemeinplatz in die raue konkrete Wirklichkeit übersetzt, und es ist eine völlig offene Frage, was dieser Vorgang mit den Parteien, vor allem mit der CDU und der SPD, machen wird. Die Wähler können in Zukunft wirklich nur noch *Personen und Parteien* Macht für eine bestimmte Zeit übertragen. Was diese damit machen, steht nicht mehr in ihrer Macht. Die politische Richtung können Wähler in einer Wahl immer weniger bestimmen, und das nicht nur wegen der unberechenbaren Koalitionen, sondern auch aus anderen Gründen (Föderalismus, Europäische Union, Globalisierung). Die Steuerungsfähigkeit der Bundesregierung nimmt ab; sie ist längst, mit fortschreitender Tendenz, eine Regierung der begrenzten Möglichkeiten geworden. Es wächst die Kluft zwischen den Erwartungen, die sie vor der Wahl weckt, und dem, was sie danach auch tatsächlich erfüllen kann. Das gilt nicht nur allgemein und bezogen auf alle Bürger, sondern verschärft sich im Besonderen für die (Stamm-)Wähler einer Partei in einer „Koalition der Verschiedenen“. Je bunter und je heterogener Koalitionen sein werden, umso notwendiger und schwieriger werden

Kompromisse, umso unschärfer wird das Profil einer Partei und umso frustrierter werden die Mitglieder und die Stammwähler. Es wird in Zukunft auf der politischen Angebotsseite immer weniger „CDU pur“ geben können, und auf der Nachfrageseite wird „CDU pur“ nur noch von einer kleiner werdenden Minderheit nachgefragt werden.

Die neuen Formeln zur Macht

Das *Negativszenario* aus Sicht der CDU bedeutet also: Kleine Große Koalitionen rechnen sich, wie das Beispiel Österreich zeigt, noch eine ganze Weile. Auch 20 plus 30 ergibt 50. Aber in Österreich kann man auch die Folgen studieren. Drei Parteien auf gleicher Höhe von rund 27 Prozent, darunter eine am rechten Rand (FPÖ), mit der man lieber nicht koalieren sollte. Das Positivszenario, wenn Bündnis 90/Die Grünen in das Kalkül einbezogen werden: Die CDU bleibt auf niedrigem Niveau die mit Abstand stärkste politische Kraft und damit (in der Regel) die Kanzlerpartei, und sie bewegt sich auf dem Marsch durch die Koalitionen mit leichtem Gepäck. Das wäre dann ihre große Chance. Die SPD bleibt eher die Partei der programmatischen Festlegung, die CDU war, ist und bleibt die Partei des pragmatischen Erfolges. Während die SPD in der Regierung immer ein schlechtes Gewissen hat, versteht sich die CDU als natürliche Regierungspartei. Während die SPD Schwierigkeiten hat, mit Vielfalt und abweichenden Meinungen kreativ umzugehen, ist die CDU stark durch Personen, verbunden mit ein paar allgemeinen Wertorientierungen, die sie zudem immer wieder zeitgemäß auszulegen verstand. Mit einem Satz: Sie passt besser in die Zeit.

Im politischen Wettbewerb haben in Zukunft jene Parteien einen Vorteil, die anschlussfähig sind, die in ihren Personen ein Klima des Vertrauens geschafft haben und in ihrer Politik eine Aura, die vermuten lässt, dass sie das Ganze im Blick haben, auf Ausgleich bedacht sind, mehr als nur einseitige Interessen vertreten. Personen, Politik und die Aura der Gerechtigkeit sind die neuen Formeln zur Macht. Sie haben konkrete Folgen: *Wenn Personen wichtiger werden*, ist für das Amt des Ministerpräsidenten das Auswahl-

system der innerparteilichen Mausecheln, des Sitzfleisches und der Erbfolge nicht geeignet, die Besten nach oben zu bringen. Wenn Schule und Bildung Themen sind, die Wahlen entscheiden, wird es sich für eine Partei rächen, eine(n) blasse(n) Kultusminister(in) in die Regierung zu berufen. Wenn man ohne eine Aura der Gerechtigkeit nicht erfolgreich sein kann, wird die offensichtliche Bedienung von Sonderinteressen ein grundsätzliches Problem, das über Sieg oder Niederlage entscheidet.

Das ideale Bündnis ergänzt sich – und lernt voneinander

Die *Anschlussfähigkeit einer Partei* zeigt sich künftig weniger in den „Schnittmengen“ als in den sinnvollen Ergänzungen, durch die Koalitionen des wechselseitigen Lernens möglich werden. Die Schnittmengen zwischen SPD und der Linkspartei oder zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind beträchtlich. Auf jeden Fall sind sie größer als mit der CDU oder gar CSU. Beträchtlich und berechtigt ist aber auch die Angst vieler Wähler, dass sich durch eine solche Kombination die alten linken Instinkte wechselseitig verstärken. Koalitionen werden hingegen dann erfolgreich sein, wenn jeder unterschiedliche Stärken einbringt (zum Beispiel wirtschaftliche Kompetenz und ökologische Nachhaltigkeit) und dem anderen auch Raum gibt, diese zu verwirklichen. Es ist auch in politischen Beziehungen eine Erfolgsformel, zu lernen und zu akzeptieren, dass der Andere anders ist. Eine Koalition der Verschiedenen wird nur erfolgreich sein, wenn sie lernt, eine offene, belebende Andersartigkeit zu praktizieren, bei der jeder einbringt, was der Andere nicht hat, die aber auch dem anderen Raum lässt für das, was ihm wirklich wichtig ist. Wie man es nicht machen soll, haben Union und FDP zur Genüge demonstriert. Der entscheidende Fehler war, nicht zu erkennen, wie verschieden sie (geworden) sind und sich in dieser Andersartigkeit nicht zu respektieren. So entstehen Verhinderungs- oder Dagegen-Koalitionen. Die Union

verhindert, dass Steuern gesenkt werden, wie die FDP es will, und die FDP verhindert, dass die soziale Balance gewahrt bleibt, ein Markenzeichen der Union. So besiegeln sie gemeinsam die Erosion ihres Bündnisses.

Früher wurden Koalitionen geschlossen, so versicherten sich die Parteien wechselseitig, *wenn die Schnittmengen groß genug* waren, wo die *gleiche Wellenlänge* da war, wo man ein *gemeinsames Projekt* hatte. Es waren mit allerlei Erwartungen *überfrachtete Koalitionen*. Künftig werden Parteien von vornherein eine andere Koalitionsphilosophie brauchen, wenn sie erfolgreich sein wollen: *eine neue Bescheidenheit*. Sie werden sich weniger vornehmen, die Welt nicht alle vier Jahre neu erfinden, nicht alles auf einmal angehen, sondern sich konkret darauf verständigen, was sie in vier Jahren erreichen wollen und anderes bewusst ausklammern. Dabei wäre es mit Blick auf den späteren Erfolg nur ein Gebot der Klugheit, nicht mit polarisierenden Themen wie zum Beispiel der Schulpolitik zu beginnen, die der einen oder der anderen Partei und ihren Wählern zu viel zumuten. Wenn dann noch der populäre Spitzenkandidat von der Stange geht, ist das Scheitern von Schwarz-Grün wie in Hamburg vorprogrammiert.

Es wird neue Koalitionen geben, nicht nur was Zahl und Größe und Farbe der beteiligten Parteien betrifft, sondern auch ihr Selbstverständnis wird sich ändern: weniger ambitioniert in der Sache, kürzer in der Zeit, die Agenda begrenzt auf zwei, drei Themen. Man muss ja in vier Jahren auch nicht ständig die politische Welt neu erfinden, nach dem Motto: „Wir fangen erst richtig an“ (Willy Brandt, 1969). Eine neue Bescheidenheit passt besser in die Landschaft, in der die politischen Beschränkungen zunehmen (Dreierbündnisse, Europäische Union, Staatsverschuldung). Die neue Unübersichtlichkeit in der zeitlichen Perspektive – heute in der Regierung, morgen in der Opposition – dürfte auch zu einem anderen Umgang der Parteien untereinander führen und die politische Bindewirkung einmal getroffener Entscheidungen erhöhen.

KAPITEL 5

Was wird aus der CDU?

Union und SPD haben die Bundesrepublik Deutschland länger als ein halbes Jahrhundert geprägt und als Volksparteien in Verbindung mit der FDP bzw. Bündnis 90/Die Grünen regiert. Das ist eine lange Zeit und es war vor allem eine erfolgreiche Zeit, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sozialer und demokratischer Hinsicht. Man könnte nun sagen, die Volksparteien hätten ihre Zeit gehabt, und diese Zeit läuft nun langsam aus. Wo ist das Problem? Sie werden sich auf einem niedrigeren Niveau einpendeln. Wie sich die SPD, nach dem politisch gescheiterten Versuch der Agenda 2010, dauerhaft positioniert, bleibt abzuwarten. Einstweilen sieht es so aus, dass sie sich im Wettbewerb mit der Linkspartei vor allem um die Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer kümmert. Die FDP ist dabei, sich auf die Rolle einer neoliberalen Interessen- und Klientelpartei zu beschränken. Der soziale, kulturelle und politische Wandel lenkt weiter Wasser auf die Mühlen von Bündnis 90/Die Grünen. Ihre sozialen Milieus wachsen (Stichwort „neue Bürgerlichkeit“), ihre Themen (Ökologie, Nachhaltigkeit, qualitatives Wachstum) sind dem gefühlten Gemeinwohl näher als die anderer Parteien. Es ist allerdings, wie auch bei den Unionsparteien, eine offene Frage, inwieweit sie ihr Potential auch tatsächlich ausschöpfen können.

Als Folge der gesellschaftlichen Verwerfungen stecken fast alle Parteien in einer – im Wortsinne – kritischen Situation. Ob sie daraus gestärkt hervorgehen oder sich der Niedergang weiter fortsetzen wird, hängt auch von ihrer jeweiligen Reaktion ab. Dabei ist der einfache und wahrscheinliche Weg nicht immer der Erfolg versprechende.

Selbstaufgabe der Parteien

In dieser Lage hat die CDU mehrere Optionen. Sie kann sich einstweilen auf das pragmatische Regieren mit der FDP konzentrieren, programmatisch auf der Linie, die mit dem Leipziger Parteitag im Jahre 2003 begonnen hat, politisch auf dem Kurs, der mit der schwarz-gelben Koalition 2009 neu eingesetzt hat. Amputiert um ihre christlich-soziale Dimension und auch ohne ökologische Ambitionen wäre die CDU dann allerdings mit bloßem Auge nicht mehr von *einer etwas größeren FDP* zu unterscheiden. Es mindert ohne Zweifel die Konflikte in einer schwarz-gelben Koalition, wenn sie sich weniger um alte und neue soziale Fragen und mehr um gut organisierte Interessen vom Hotelgewerbe über die Pharmabranche bis zur Atom- und Energiewirtschaft kümmert. Es fällt ja schon seit einiger Zeit auf, wie die Union zu bestimmten Themen – Verunsicherung der Mittelschicht, soziale Spaltung der Gesellschaft, Bildung und Gerechtigkeit – hörbar schweigt.

Diese (im Vergleich zu ihrer Tradition) verkürzte politische Reichweite könnte die CDU durch eine Wertedebatte zu überspielen versuchen, die wie ein Luftkissen über die realen Probleme und Widersprüche der Gesellschaft hinweg gleitet. Eine Wertedebatte, die kaum noch einen Bezug zu den Alltagssorgen der Menschen hat, aber die Gemüter der gläubigen Stammwähler umso mehr bewegt. Ein extremes Beispiel dafür bietet zur Zeit die amerikanische „Tea Party“. Deren Rhetorik verbindet eine polarisierende Macht- und Interessenpolitik ohne Rücksicht auf Verluste mit einer aggressiven politischen Theologie und einer manichäischen

Spaltung der politischen Welt in Gut und Böse: Die Heilsbotschaft ist gleichsam über den Wolken im politischen Jenseits angesiedelt, was gerade die Voraussetzung dafür ist, dass sie sich im politischen Diesseits um so vernichtender gegen den politischen Gegner austoben kann.³ Deutschland ist (noch) weit von den amerikanischen Verhältnissen entfernt, aber so etwas wie eine *Tea Party Light* könnte manchen in der Union in ihrer Not als eine attraktive Option erscheinen.

Aus Resignation darüber, mit einer positiven Botschaft nicht mehr Wähler für sich gewinnen zu können, liegt für alle Parteien die Versuchung nahe, es mit einer Art Dauerwahlkampf, mit einer *negativen Kampagne* zu probieren, durch eine Verteufelung des politischen Gegners. Das Vorbild für dieses „negative campaigning“ bieten schon seit längerer Zeit die US-amerikanischen Wahlkämpfe, und gerade für Deutschland gilt bekanntlich: Wahlkampf ist immer und überall. Man kann das Verhalten von Regierung und Opposition bei der Reform von Hartz IV Ende 2010/Anfang 2011 durchaus in diesem Zusammenhang interpretieren, nämlich als Versuch der Parteien, sich wechselseitig zu Wahlkampfzwecken vorzuführen. Der Preis dieser Strategie ist hoch. Sie sucht taktische Vorteile für das eigene Lager auch auf die Gefahr hin, dass dadurch die Parteien insgesamt an Kredit bei den Bürgern verlieren.

Eine näher liegende Option wäre der Versuch von CDU und CSU, *durch Anpassung nach rechts* ihr Wählerspektrum zu erweitern. Um einer Partei rechts von CDU und CSU das Wasser abzugraben, könnten sie wie auch schon früher daran denken, deren Themen und Ressentiments zu bedienen. Bisher hat die Merkel-CDU

allen solchen Versuchungen widerstanden, und dabei dürfte es vorerst vermutlich auch bleiben. Beispiele in den Nachbarländern (Österreich, Niederlande) zeigen, dass man rechtspopulistische Parteien nur immer weiter stärkt, je mehr man ihnen ihre Melodie vorspielt. Am Ende stehen dann wie gegenwärtig in Österreich drei ungefähr gleichstarke Parteien, nämlich Sozialdemokraten, Christdemokraten und Rechtspopulisten, jede irgendwo zwischen 25 und 30 Prozent.

Entpolitisierung der Politik

So sehr sich diese Wege im einzelnen unterscheiden mögen (die CDU als eine größere FDP, als eine *Tea Party light*, Rückzug auf den „konservativen Kern“ und die Stammwähler, Anpassung nach rechts), weisen sie doch in dieselbe Richtung: einer Selbstaufgabe der CDU aus Angst vor dem weiteren Niedergang. Es ist die Antwort der Ängstlichen.⁴ Es sind allesamt Strategien der Resignation einer Partei, die nicht mehr so recht daran glaubt, dass sie in einem anspruchsvollen Sinne, mit Aussicht auf Erfolg und mit dem konzeptionellen Horizont einer Volkspartei, auch in Zukunft Politik gestalten kann. Es sind Strategien der Resignation einer Partei, die innerlich bereits kapituliert hat. Sie schwimmt mit dem Strom der Zeit, weil es scheinbar nicht anders geht. Den Wählern könne man nicht die Wahrheit zumuten, sonst werde man von ihnen bestraft. In der Medien-gesellschaft müsse man sich nach „Bild, BamS und Glotze“ richten, um gehört und gewählt zu werden, wie es der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder einmal auf den Punkt gebracht hat. Demoskopiker werden nicht müde, den Politikern einzureden, dass Inhalte und Positionen

³ Die erfolgreichen politischen Prediger der Tea-Party wie zum Beispiel Glenn Beck, der im August 2010 rund neunzigtausend Anhänger aus allen Teilen der USA am Lincoln Memorial zusammengebracht hat, „haben keine Kernbotschaft. Sie sind das Medium, das die Strömungen öffentlicher Leidenschaft und öffentlicher Meinung kanalisiert, welche sie antizipieren, verallgemeinern und anleiten, aber nicht erschaffen... Was die Anziehungskraft auf die Zuhörer ausmacht sind nicht seine Positionen, sondern dass er den Eindruck erweckt zu fühlen und zu fürchten, zu bewundern und zu glauben was seine Zuhörer fühlen und fürchten, bewundern und glauben, auch wenn es sich widerspricht und immer wieder ändert. Entscheidend ist nicht was er sagt sondern wie er es sagt. Das ist die Begabung des wahren Demagogen, sein eigenes Selbst und nicht seine Meinungen den Anhängern erfolgreich zur Identifikation anzubieten – und das dann gleichzusetzen mit der ‚wahren‘ Nation.“ So lange die amerikanischen Präsidenten noch an Gott, die Nation und die Familie geglaubt haben, sei die Welt noch in Ordnung gewesen. Seit sie sich jedoch von den Prinzipien der Gründerzeit entfernt hätten, sei es abwärts gegangen mit Amerika. (Vgl. dazu den Beitrag von Mark Lilla in der New York Review of Books, Volume LVII, Number 19 (Dezember 2010) 16-20)

⁴ Der Schriftsteller Peter Henning hat in seinem grandiosen Familienroman „Die Ängstlichen“ (Berlin 2009) beschrieben, wie Menschen über Generationen hinweg hinter ihren Möglichkeiten zurück bleiben und sich um ihre Lebenschancen bringen: Die Ängstlichen verspielen Leben und Zukunft.

in der Politik nur stören. Und so kommt es, dass ein sich selbst verstärkender Wettbewerb zwischen den Parteien einsetzt, bei dem die Angebote immer billiger werden, die Qualität immer schlechter und der Verdruss der Wähler immer größer. So treibt eine von den Parteien mitgemachte, ja verstärkte Entwicklung eine *Entpolitisierung der Politik durch die Politik selbst* voran, einen Prozess, den die Parteien nicht gewinnen können.

Für die CDU würde dies bedeuten: Sie würde langsam aber sicher zu einer abhängigen politischen Variablen in den jeweiligen Koalitionen – ein bisschen sozialer mit der SPD, ein bisschen wirtschaftliberaler mit der FDP, ein bisschen grüner mit den Grünen – und wenn die Zeit kommt ein bisschen rechter mit einem deutschen Jörg Haider oder Geert Wilders? Wie auch immer: Die CDU definiert sich dann nicht mehr aus sich selbst heraus, sondern nur noch als Koalitionspartei relativ zu anderen. Sie weiß nicht mehr, wer sie ist, für was sie steht, sondern nur noch was sie machtpolitisch will, nämlich den Kanzler stellen, an der Regierung bleiben. Sie hat den Begriff von sich selbst verloren und das Ethos, das daraus erwächst, für etwas zu stehen, das über sie selbst hinaus weist.⁵

Die Wiederentdeckung der Politik und eine CDU, die weiß, was sie will

Tertium datur? Gibt es eine Alternative zu dem Ausverkauf der Politik und was bedeutet das für eine Partei wie die CDU?

Es bedeutet zunächst und vor allem, öffentlich darüber nachzudenken, wer die CDU ist und was die CDU will. Das fängt schon mit dem Namen an: CDU heißt ausgeschrieben „Christlich Demokratische Union“, und das meint mehr und etwas Anderes als eine konservative Partei. Wie konnte

es nur dazu kommen, dass seit rund einem Jahrzehnt ohne jede weitere inhaltliche Begründung immer wieder der „konservative Kern“ der CDU beschworen wird? In ihren Grundsatzprogrammen beschreibt die CDU Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als ihre Grundwerte und dass sie nur gemeinsam ihre wahre Bedeutung entfalten. Es ist aus persönlichen Biographien und aus der erlebten Geschichte vor und nach der friedlichen Revolution von 1989 heraus durchaus verständlich, dass damals von vielen besonders die Freiheit als elementar erlebt wurde und die S-Worte wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit durch den real existierenden Sozialismus kontaminiert waren. Aber kann das alleine den Siegeszug einer eindimensionalen Freiheit erklären, ihrer Entbettung aus jedweder sozialen Verantwortung, die Verkürzung der Gesellschaft auf den ökonomischen Markt und des Marktes auf den eigenen Vorteil? Von ihrem programmatischen Anspruch her (und in ihren besseren Zeiten) hat die CDU die Grundwerte immer im Zusammenhang gedacht und versucht, daraus eine ausbalancierte Politik zu gestalten. Die Verbindung von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, die Überwindung von Kapitalismus und Sozialismus durch die Soziale Marktwirtschaft war ein damals neuer, unerhörter Gedanke und Voraussetzung nicht nur für das Wirtschaftswunder und den politischen Erfolg, sondern auch für den Modellcharakter der Bundesrepublik Deutschland. So haben CDU und Soziale Marktwirtschaft dazu beigetragen, die sozialen Widersprüche jener Zeit zu überwinden. Eine CDU, die ihre Grundwerte und Traditionen nicht wie Tafelsilber behandelt und in Vitrinen wegsperrt, sondern als Erbe und Auftrag begreift, kann zu den sozialen Widersprüchen unserer Zeit nicht schweigen. Sie muss wie damals falsche Alternativen überwinden und sich darüber hinaus heute der Überlebensfrage des 21. Jahrhunderts stellen.

⁵ In einem solchen politischen Kosmos, in dem die Politik sich selbst entwertet und relativiert hat, in dem die Verpflichtung für eine gemeinsame „Sache“ nicht mehr als solche erlebt wird, ist es dann auch nicht weiter überraschend, wenn diese Entwicklung dann auch auf die Biographie der Politiker durchschlägt. Die Zeiten scheinen vorbei, in denen Politik als Beruf oder gar aus Berufung gelebt wurde. Die politische Phase ist zu einem Lebensabschnitt geworden, der finanziell lukrativeren oder gesellschaftlich höher bewerteten oder einfach persönlich angenehmeren Engagements voraus geht. Die Art und Weise, wie sich die fälschlich so genannten „jungen Wilden“ der CDU aus der aktiven Politik verabschiedet haben und wie sich davor schon, während und nach der Regierung Schröder, Staatssekretäre und Minister und Kanzler in die Privatgeschäfte zurückgezogen haben, das alles gleichsam unter der Schirmherrschaft eines Bundespräsidenten, der kommentarlos sich aus seinem Amt verabschiedet hat. Das alles sagt mehr über die Selbsteinschätzung der Politik und der politischen Klasse aus als alle Sonntagsreden zusammen genommen.

Was früher die soziale Frage war, ist heute die ökologische Frage,⁶ und beide Fragen finden ihre Antworten damals wie heute nicht gegen eine gute wirtschaftliche Entwicklung sondern nur gemeinsam mit ihr. Wirtschaftliche Prosperität, soziale Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit sind in den Zeiten der Globalisierung mehr denn je aufeinander angewiesen. Für entwickelte Länder hängt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit immer auch von sozialen und ökologischen Qualitäten ab. Und nur aus dieser Balance kann Politik wieder jenes Vertrauen begründen, aus dem auch die Hoffnung der Menschen auf eine gute Zukunft erwächst.⁷

So wirft die Frage nach Schwarz-Grün für die CDU, wenn man es recht bedenkt, mehr auf als eine Koalitionsfrage. Angesagt ist eine politische Selbstbesinnung, ein öffentliches Nachdenken

der CDU über sich selbst, nicht in einem weiteren Grundsatzprogramm, sondern als eine Auskunft ihrer führenden Akteure über die Grundlagen und Ziele ihres Handelns und darüber, wie konkrete Entscheidungen an Prinzipien rückgekoppelt sind. Denn ein Gemeinwesen ist, wie es Edmund Burke einmal schön formuliert hat, mehr als eine Assoziation zum Verfolgen der eigenen Interessen und des persönlichen Vorteils, es ist „eine Gemeinschaft der Lebenden, der Toten und der nach uns Kommenden“.

Wenn dieser Prozess der Selbstaufklärung unterbleibt, droht jede Koalition am Ende zu scheitern. Wenn man sich aber seiner Sache sicher ist, kann man auch eine unwahrscheinliche Koalition aus den je eigenen Stärken heraus zu einem gemeinsamen Erfolg führen.

⁶ Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Republik, Frankfurt am Main 1975. Bundeskanzler Helmut Kohl hat später eingeräumt, es sei ein großer Fehler während seiner Amtszeit gewesen, auf solche Stimmen in seiner Partei – Gruhl war Bundestagsabgeordneter der CDU – nicht früher gehört zu haben.

⁷ Norbert Röttgen, Deutschlands beste Jahre kommen noch. Warum wir keine Angst vor der Zukunft haben müssen, München-Zürich 2009



re:publik Zukunftspapier Februar 2011 zum Thema Datensicherheit und digitale Transparenz

„Staaten haben keine Privatsphäre,
sie haben Geheimnisse“

FRANK RIEGER,
SPRECHER DES CHAOS COMPUTER CLUBS

Die zentralen Thesen

- 1 Die **Sicherheit und Vertraulichkeit von Daten** wird zum Megatrend im digitalen Zeitalter.
- 2 Das **Vertrauen** von Bürgern und Unternehmen in **E-Mails geht zurück**. Die E-Mail ist so sicher wie eine Postkarte.
- 3 Das Thema „**elektronische Identität**“ wird zur neuen Herausforderung. Der Daten-„Exhibitionismus“ in den sozialen Netzwerken verunsichert immer mehr Bürger.
- 4 Von Politik und Verwaltung wird ein **Höchstmaß an digitaler Transparenz** erwartet. Gleichzeitig ist Vertraulichkeit Voraussetzung für erfolgreiches Regieren und Verwalten.
- 5 Regieren unter den Bedingungen digitaler Transparenz und Vertraulichkeit heißt herauszufinden, wie sich **effektiv und bürgernah regieren** lässt.
- 6 Die Frage einer **effektiven und bürgerfreundlichen Verwaltung** entscheidet auch über die Attraktivität einer Stadt, Kommune oder Region.
- 7 Eine effektive und transparente Demokratie braucht **mehrere Kanäle**: Regierung zu Bürger, Bürger zu Regierung, Politiker zu Bürger, Bürger zu Politiker und Bürger zu Bürger.
- 8 Um die **digitale Spaltung** zu **vermeiden** und die Kluft zu schließen, braucht es hybride Kommunikationsformen. Nicht online oder offline ist die Frage, sondern besser, bürgernäher und sicherer.
- 9 Die Möglichkeit, elektronisch zu kommunizieren, erhöht die Transparenz und schafft Vertrauen. **Neue Chancen zur Umsetzung von E-Government-Lösungen** und innovativen Geschäftsmodellen entstehen.
- 10 Deutschland sollte sich als **Trendsetter und Vorreiter bei der Sicherheit und Transparenz von Daten** positionieren.

Der Autor

Dr. Warnfried Dettling,

geboren 1943 in Kuppenheim/Baden, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie, Klassischen Philologie und Philosophie in Würzburg, Freiburg im Breisgau und an der London School of Economics and Political Science; M.A., Dr. phil., 1973 bis

1983 zunächst Leiter der Planungsgruppe, später auch der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle; danach (bis 1991) Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit; lebt als Autor und Publizist in Berlin.

re:publik – Institut für Zukunftspolitik

re:publik

Institut für Zukunftspolitik

re:publik – Institut für Zukunftspolitik

ist ein junger, innovativer think tank, der sich für eine zukunftsfähige Politik in Deutschland einsetzt. Wir suchen nach den politischen Antworten auf die langfristigen Herausforderungen unserer Zeit. Unsere Vision ist ein dynamisches und zukunftsorientiertes Deutschland, das zuversichtlich in die Zukunft blicken kann.

Mehr unter:

www.zukunftspolitik.de und www.zukunftspolitik.at